

ipreise

nationalen Kohlenzentrale

für Kohl und Briquettes
gültig. Alle Verkäufe
Preisen gemacht werden,
auch bekannt gegeben wird,
auch für die Kosten, die
gültig.

en, die während der Zeit
Maximalpreise noch nicht
erhöht ermächtigt, eine un-
früheren Preise zu ver-
treten bestimmt sind, so
eine definitive Rechnung

ASEL

meister

BURG VARIS 27

tat von

mit Bänken

sowie raschere Lieferung
als im Herbst.ukurs
berstorf

boomspekte wird in Neben-
umwälzung abgehalten,
tag, den 15. März, um
der Wirtschaft dazulast,
bei Herrn Nat.-Nat. Vo-
lit in Düsseldorf bis 15. dies.
Beginn bekannt gegeben.
Anglinge vom 17. Alters-
gruppe erwartet. Passende
Abschlüsse bezogen werden.
Sodet namens der Obser-
vungen und des Bauern-
lich ein 613

Waltungskommission.

burger
nger
uf Lager

sphat S, 15

erphosphat 10 A.

nger Nr. 11

salz 20 %

Düngersfabrik

BURG

zu verkaufen

nummern, 2 Verkaufsmagazinen,
er und elektrischen Bild ver-
mit über 200 Spalterbäumen,
städten, davon einer mit
dem 5 HP Motor verfertigt.
0 Mann und kann noch ver-
einen energischen Bewerber
absträngen, da eine große,
den ist. Werde auch samt
hifte P1575 an Publicitas
587.

Versteigerung

13. März, von 3 bis 4 Uhr
einem Privatzimmer der
ers, das Helmzimmer der
gen in Mohr, bestehend in
ll, Scheune und Schopf,
att- und Ackerland und
Walz, mit waisenamtlicher
ffentliche und freiwillige
cht.

den vor der Steigerung be-
544
de man sich an Hrn. J. An-
ohr.
strag: R. Reher, Motor.

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Normal "Freiburger Zeitung")

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Berollesstraße 88, Freiburg (Schweiz) Telefon 4.06. — Annontenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annontenexpedition A.-G. Telefon 1.36

Die päpstliche Fürsorgefertigkeit für die Völker des Orients

Dom, 11. März, ag. (Siefani.) In seiner Ansprache im Konzilium sagte der Papst, nachdem er von der Schaffung einer besondern Vereinigung für die Angelegenheiten der Kirche im Orient gesprochen hatte: Aber es genügt nicht durch diese Einrichtung für die zukünftigen Interessen der östlichen Kirche zu sorgen. Wir müssen mit allen Kräften für die Erleichterung der zahlreichen Nöbel, die diese Bedürfnisse während des Krieges an den Grenzen Russlands, im Balkan und im osmanischen Reich getroffen haben, eintreten. Dort ist ein ganzes Volk im Gefahr zu zulommen. Überall das Schauspiel verzögter und ins Gefängnis geworferner Priester, entweihter Kirchen, Klöster, Schulen, Hospitäler, einer ausgelössten Christenheit. Die Güter der Kirche und der Privaten werden geplündert, und wir sind bemüht, soweit es in unseren Kräften steht, diesen Missständen ohne Unterschied der Nationalitäten und Religion abzuholen. Wir müssen aber besonders den Bewohnern Armeniens, Syriens und des Libanon helfen, da sie mehr als die andern den Qualen des Hungers und der Deportation und der Hinmordung ausgesetzt waren. Wir haben uns daher in der Abhöhe, den Armeniern im allgemeinen und insbesondere denjenigen zu helfen, die zum Tode verurteilt waren, oder unsern Beistand sonstwo nötig hatten, wiederholt an den Sultan persönlich gewendet, oder aber diesen Fürrsten, die einen besondern Einfluss auf ihn zu bestehen scheinen, auf das Schicksal dieser Ungläubigen aufmerksam gemacht. So können wir mit Gottes Hilfe den Blutbathen an verschiedenen Stellen ein Ende machen, und weitere Hinrichtungen verhindern. Von Mitleid ergriffen für die unzulänglichen Weisen lassen wir auch diesen nach dem Maße unserer Kräfte und wie gründeten in Konstantinopel ein Haus, das ihnen Asyl und Nahrung bietet.

Was Syrien und Libanon betrifft, so sind wir an verschiedene Staatshäupter gegangen, um von diesen Ländern die Leiden abzuwenden, die ihnen zu drohen schienen, und ihnen die Lebensmittel, die sie benötigten, zuzummen zu lassen. Wir haben nicht aufgehört, sei es vermöge unserer Autorität, sei es mit unsern Mitteln den Völkern des Orients zu helfen und wo immer es möglich war, aller Leidenden beizustehen. Bei all dem fanden wir von Seite der Vertreter des Heiligen Stuhles wertvolle Beihilfe. Als dann der Krieg infolge des Waffenstillstandes eingestellt wurde, wendeten wir unsere Sympathie und unsere Fürsorge den Christen im Orient weiterhin zu.

So tiefgreifende Umwälzungen in der Politik und in der sozialen Ordnung und so gewaltige Kämpfe der Nationen müssen natürgemäß das bürgerliche und das religiöse Leben mächtig beeinflussen, dies insbesondere in den Ländern, die bisher unter russischer Herrschaft standen, wo indessen die alten Unterlagen gesetzlich zugesicherte religiöse Freiheit in besseren Zeiten so süße Hoffnungen geweckt hatte. Hierzu kommt vor alle übrigen Teile des Orients das ergreifende Schauspiel der da und dort zerstreuten Missionen, der Christen, die ihre Kirchen und ihre Priester entbehren müssen, der Völker, die für ihre Freiheit kämpfen, den größten Elend preisgegeben sind. Damit haben sie das gewaltige Bild der Leiden und der Not, die wir nach Mahagabe unserer Kräfte zu lindern halten.

Es sind insbesondere die heiligen Stätten in Palästina, die uns am Herzen liegen in Anbetracht ihrer besonderen Würdigkeit und ihrer hohen Bedeutung, die ihnen in Auge eines jeden wahren Christen eine Weise ohne gleichen gibt. Wie langwierige und aufreibende Anstrengungen sind nicht von unsern Vorgängern gemacht worden, um diese Städte von der Herrschaft der Ungläubigen zu befreien.

Wie viele Kämpfe wurden ausgetragen, wie viel Blut ist im Verlaufe der Jahrhunderte

für die Christen des Orients abingegeben

worben. Und nun, da diese heiligen Orte zur unbeschreiblichen Freude aller der Gewalt der Christen zurückgegeben sind, kann es uns nicht gleichgültig sein, welches Schicksal die Friedenskonferenz ihnen vorbehält. Denn ohne Zweifel, unser eigener Schmerz, wie der Schmerz aller Christen wäre groß, wenn in Palästina die Ungläubigen eine bevorzugte Stellung erhalten würden, er wäre noch größer wenn diese erhabenen Daseihen Völkern vertraut würden, die nicht Christen sind.

Wir müssen außerdem, daß nicht katholische Muslime, die über Mittel aller Art versüßen das Leid und das Elend, daß der Krieg über diese Gegenden gebracht, dazu benützen, um für ihre Lehren Propaganda zu machen. Man wird in keiner Weise dulden dürfen, daß in eben den Städten, wo unser Herr Jesus Christus durch sein Blut ihnen das ewige Leben gewann, so viele Zeelen dem Katholizismus entzogen, und dem Verderben überantwortet werden. Im Angesichte solcher Gefahren freuen unsere Söhne uns ihre flehenden Hände entgegen und bitten uns nicht allein um Nahrung und um Kleidung, sondern Kraft unserer Intervention um die Rückgabe ihrer Missionen, ihrer Kirchen und ihrer Schulen. Im Bewußtsein der Pflichten, die unser Amt uns auferlegt, haben wir unsferst für diesen Zweck eine Geldsumme ausgezahlt, und wir würden sicherlich frohen Herzens noch mehr gegeben haben, wenn nicht die largen Mittel des Heiligen Stuhles unsern Herzenswünschen entsprechen. Gleichzeitig gerieten wir an die Bischöfe der ganzen Welt zu appellieren, damit sie für die so edle Tache mit ganzen Herzen eintraten und die altebewährte Wermherzigkeit für die Christen im Orient bei ihren Gläubigen aufs neue erwecken. Von Mitleid ergriffen für die unzulänglichen Weisen lassen wir auch diesen nach dem Maße unserer Kräfte und wie gründeten in Konstantinopel ein Haus, das ihnen Asyl und Nahrung bietet.

Italiens Anteil an der Beute.

Der italienische Senat behandelte am Montag die Erfahrungen der Regierung. Der frühere Minister des Auswärtigen, Tittoni, sprach von der Pariser Konferenz und betonte, daß die Blätterredaktion über die Verteilung der Mandate in Kleinasien in ganz Italien Besorgnis und Erregung hervorgerufen haben. England habe das Mandat über Mesopotamien und Palästina, Frankreich über Syrien, Amerika über Armenien, Italien zwischen Armenien und der Gegend von Smyrna, für das letztere Gebiet selbst ist das Mandat bei Griechenland. In Afrika habe England das Mandat über Deutsch-Ostafrika, Frankreich über Kamerun und Togo, Italien habe in Afrika kein Mandat.

Wegen der Adria wurde kein Wort gesagt, sie wünscht die baldige Regelung der Abtretungsgelegenheit und möchte vermieden sehen, daß die österreichische Armee, die die italienischen Gefilde barbarisch verwüstete, unter anderem Namen, aber denselben Waffen, Soldaten und Generälen teilweise wieder aufgerichtet werde. (Starke Beifall.) Tittoni tritt der Ansicht eines ausländischen Blattes entgegen, wonach die Anerkennung der Rechte Italiens in Afrika und Afrika nur dann möglich wäre, wenn Italien auf seine Rechte in einem der Kontinente verzichten wolle. Italien habe bei seinem Eintritt in den Krieg die Sicherung erhalten, daß alle seine Rechte in gleicher Weise gewahrt werden sollten. Der Redner erinnert an die unerwartet großen Opfer, die Italien im Kriege leistete. Italien würde in Kleinasien ein Mandat in der Gegend zwischen Armenien und Adalia erhalten, jedoch mit Ausschluß des Distrikts Adana und der fruchtbaren Ebene vom Mersine (?) und Adana. Man würde ihm die Felsen des Taurus und die Küste Konia geben. Von Eregli mit seinem von Italien so dringend benötigten Kohlenbecken sei nicht die Rede. Man habe Italien Kompenstation in Afrika versprochen, wenn die alliierten Mächte die deutschen Kolonien ganz oder teilweise erhielten.

Wie viele Kämpfe wurden ausgetragen, wie viel Blut ist im Verlaufe der Jahrhunderte

die Besitzung der Kolonien auf Grund eines Mandates des Völkerbundes statuisse.

Kultuskampftummlungen.

Wie bereits gemeldet, hat sich die deutsche Nationalversammlung am Dienstag mit der Interpellation Antrag über das Verhältnis von Kirche und Staat beschäftigt. Die Debatte ist charakteristisch. Zur Begründung der Interpellation führte der (deutsch-nat.) Abgeordnete Müller aus: Es ist das Empfinden weitester Volkskreise, daß wir vor einem neuen Kultuskampf stehen. Unser Vaterland braucht die innere Ruhe und den inneren Frieden. Aber die Ober-Scheidemann haben ihm diesen Frieden nicht geognat. Sie stellten den Herrn A. Hoffmann an die Spitze des preußischen Kultusministeriums. In Sachsen hat der Volksbeauftragte Hugo die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den Konfessionsunterricht zu sorgen. Ebenso in Hamburg und Braunschweig wurde die Brandstiftung des religiösen Zwistes unter das Volk geschleudert. Die Kinder der Hauptstadt wurden von Polizeikommissarien zu einer antikirchlichen Weihnachtsfeier eingeladen. In Westenburg plante die Gewaltihaben die konfessionslose Einheitschule. Wir rufen der Regierung zu, keinen Schritt weiter auf diesem Wege geistlicher Verordnungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. Die deutsch-nationalen Volkspartei ist für die Errichtung der kirchlichen Grundlagen im Staate, d. h. für die Familie und die Schule.

Dann kam der Kolonialminister Bell (Centr.) und erklärte, das Reich habe keine Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Schulwesens. Das Einzelstaaten ihren verfassungsmäßigen Parlamenten, durch religiösefeindliche Geiste vorgegriffen haben, schert das Reich also nicht.

Wo hinaus, die heute noch mit den bürgerlichen Demokratien verbündeten Sozialisten

nach der "Übergangszeit" wollen,

zeigten die folgenden Ausführungen des (soz.) Abgeordneten Heilmann:

Bei der Behandlung der Angelegenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Herrschaft und Überhebung der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche selbst ist schuld daran, daß große Teile des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Zähm- und Widerspruch rechts und im Zentrum.) Die religiöse Schule soll nicht kirchenfeindlich sein. Unser Ideal ist die Menschlichkeit. Es ist nicht möglich, den ganzen Religionsunterricht mit einem Schlag zu besiegen. Eine Übergangszeit ist nötig.

Abg. Mausbach (Zentrum): Wir haben ein tieferstes Bild von den einzelstaatlichen Eingriffen in den Religionsunterricht erhalten.

Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein Teil des Lehrplanes der Volkschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig, aber ein freundlichkeitsfördernder Verkehr wäre wünschenswert. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung der staatsbürgерlichen Rechte wie die volle Gewissensfreiheit, sowie die Religionsfreiheit in der Verfassung sichern. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Länder zeigt, daß bei Religionsfreiheit der Friede der Konfessionen und die persönliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik nach A. Hoffmann würde Deutschland ganz dem Untergang entgegenführen. Gesichtspunkte der inneren und der äußeren Ruhe müssen uns zur Vorsicht mahnen.

In der Nachmittagsitzung verlangten nochmals ein Deutschnationaler und ein Volkspartei die Erhaltung der christlichen Schule. Durch religiöse Innerlichkeit müsse Deutschland aus dem Blutbad herauskommen. Die Diskussion wurde durch die unabhängige Sozialistin Tiegschlossen, welche an Stelle der Religion die soz. Weltanschauung setzen will und erklärt, die Revolution habe "eigenen Rechten" die Verwirklichung der Schule durchgeführt. — Deutschland wird die Lösung "eigenes" Rechte noch spüren können.

Insellionspreise:

Für den Kanton Freiburg:	20 Sils.
Für Biel/Bienne:	15 Sils.
Für das Tessin:	25 Sils.
Für das Baselland:	30 Sils.
St. Gallen:	60 Sils.

Um Waffenstillstand

und Präliminarfrieden.

Paris, 12. März. (Havaas.) Amtlich. Der oberste Rat der Alliierten erörterte die Mitteilung der Waffenstillstandskommission über die Verhältnisse in Polen und die Kriegs der Tschecho-Slowaken über feindliche Angriffe. Es beschäftigte sich ferner mit den Bedingungen, unter denen Mächte mit besonderen Interessen an den Beratungen teilnehmen können.

Aus Paris meldet man unterm 11. März nach London: Man hofft, daß der Präliminarfriedensvertrag am 20. März fertiggestellt sein wird. Man bemüht sich, das Projekt in seinen großen Linien bis zur Ankunft Wilsons am 13. März fertigzulegen. Wenn keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten, sollen die deutschen Friedensdelegierten zwischen dem 23. und 25. März in Paris ankommen. Das Dokument wird ihnen übergeben werden. Ihr allfälliges Gründen, es zur Prüfung mit nach Deutschland zu nehmen, wird bewilligt und eine angemessene Frist zugestanden werden. (Reuter.)

(Wolff.) An einer Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa gab General Nouard die Gesamtzahl der aus Syrien, Asien und Südostasien beförderte Militärpersone auf 18.000 an, von denen 9.000 auf 6 Schiffen auf dem Rücktransport befinden. Eine Postverbindung mit den in Sibirien internierten deutschen Kriegsgefangenen ist hergestellt. Es sind 1060 Offiziere und 15.238 Mann. Das deutsche Gruppen, den Studenten des linksrheinischen Gebietes von Bonn zur Fortsetzung der Studien der technisch-scientifischen Universitäten nach gestellt, schlugen die Alliierten mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage Deutschlands ab. Die im Waffenstillstandevertrag vorgegebene Lieferung von deutschem Kriegsmaterial an die Entente ist am 7. März beendet. Der französische Kommission wurde mitgeteilt, daß die Schweiz die Weiterbeförderung der 2000 in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Schwerverwundeten, deren Abtransport doch zugesichert batte, übernehmen würde. Die deutsche Kommission legte nochmals Verwahrung ein gegen die Handels-Spione, die französische Chemiker und Physiker in Uniformuniform in der badischen Amtshilfe und Soda-fabrik ausüben.

London, 12. März ag. (Reuter.) Amtlich. Das Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen ist für alle Rohstoffe aufgehoben worden.

Völkerbundskongreß in Bern.

Die Sitzungssitzung. In der Abstimmung über die Resolution betr. internationale Arbeitergesetzgebung wurde der Zusatzantrag von Dr. Endt betr. Schaffung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten mit 21 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt und die Resolution in der Fassung der Kommission mehrheitlich angenommen.

Zur Behandlung gelangte noch die Resolution zur Kolonialfrage, worüber Dr. Erdrich-Schweiz Bericht erstattete. Die Kommission hält es für notwendig, daß innerhalb der Organisation des Völkerbundes ein besonderes Amt errichtet wird, zur Überwachung der Verwaltung aller Kolonien, die keine Selbstverwaltung genügen. Die Resolution, die von der Konferenz einstimmig angenommen wurde, kommt zum Schlus, daß es im Interesse der Einwohner, wie auch zur Förderung der gemeinsamen Kultur wünschenswert wäre, die Verwaltung aller Kolonien unter gleichartige internationale Überwachung des Völkerbundes zu stellen und daß die vor der Errichtung des Völkerbundes gegen die Verwaltung eines Kolonialstaates erhobenen Anklagen gerechterweise nur von einem importierten Gerichtshof geprüft und beurteilt werden. Endlich fordert sie die Gleisberechtigung alter Kulturbücher nach ihren wissenschaftlichen Bedürfnissen bei Ausübung der kolonialen Tätigkeit gemäß dem Programm Wilsons.

Am der Sitzung vom Mittwoch erhielt das Wort Prof. Nicolai, Deutschland, zu der Mitterung, daß eine Versammlung von deutschen Teilnehmern (Delegierten und

Gästen) am Völkerbundskongress mit 26 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgenden Beschluss gefasst hat: „In Anbetracht der Tatsache, daß die Zentralmächte den Zweck von Serbien dann vom Tatzen gemachten Vorstoß einer Entscheidung des Konfliktes durch den Haager Schiedsgerichtshof abgelehnt haben, ferner, daß die entscheidenden Kriegserklärungen an Serbien, Russland und Frankreich von den Zentralmächten ausgegangen sind, erklären die auf dem internationalen Völkerbundskongress anwesenden Deutschen: „Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, wie des zu begründenden Völkerbundes, die Frage der Schuld an der Entstehung und Verschärfung des Weltkrieges vor einem deutschen Tribunal unter Vorlegung sämtlicher in deutschen Archiven befindlichen Dokumenten zu untersuchen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.“

Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der künftigen Frauengesetzgebung und nahm nach einem Referat von Frau Berlin, Deutschland, und geweihter Diskussion, an der sich Prof. Hörel, Schweiz, Frau Thyberg, Dänemark, Prof. Ude, Österreich, Frau van Engelth, Amerika, Helene Lubinska, Österreich, beteiligten, eine Resolution an, die die politische Gleichberechtigung aller Frauen einschließlich der Wahl in die obersten Behörden, insbesondere auch in diejenigen der auswärtigen Politik, sowie die Zusetzung von Frauen zum Friedenskongress und zum eigentlichen Friedenskongress und endlich durch internationale Gesetzgebung Beistaltung des Frauen- und Kinderhandels durch schwerste Buchhaustrafe verlangt.

Zur Behandlung kam hieraus die Abstimmungsfrage, zu der eine Resolution vorlag, über die Frau Snowden, England, Frau Montgomerie, Deutschland und Dr. Wehberg, Deutschland, Bericht erstatteten. Die Resolution bezeichnet einleitend als das im Völkerbund anzustrebende Ideal die vollkommen militärische Abrüstung zu Lande und zur See, wobei dem Völkerbund zum Einschreiten gegen Rechtsverletzungen im äußersten Falle eine internationale Land- und Seemacht zur Verfügung gestellt wird. Sie verlangt ferner die Beschränkung der Rüstungen auf einen Bereich dessen, was vor dem Weltkriege von den Ländern ausgegeben wurde, ferner die Verstaatlichung der Rüstungswirtschaft und die Zerstörung des Kriegsmaterials oder dessen Umladung für Friedenszwecke. Eine längere Diskussion entspann sich über den zweiten Teil der Resolution, die nach Vorschlag der Kommission den gleichzeitigen Wegfall der militärischen Dienstpflicht in allen Ländern verlangt, wobei solange nicht auf die militärische Dienstpflicht verzichtet ist, es jedem Volk freistehen soll, nach schweizerischem Vorbild eine Miliz mit ganz kurzer Dienstzeit oder das System freiwillig beworbener Truppen anzunehmen.

Dieser Vorschlag einer eventuellen Einführung der Miliz bzw. einer Freiwilligentruppe wird von verschiedenen Seiten belämpft und mit 19 gegen 8 Stimmen abgelehnt und an dessen Stelle ein Antrag von Baron Wrangel angenommen, demzufolge kein Mensch instinktiv gegen seinen Willen soll gezwungen werden können, zu töten und zwar auch nicht zur Verteidigung seines Vaterlandes. Eininstimmig wurde die Forderung der Resolution angenommen, daß die nationalen Kriegsschiffe auf das zur polizeilichen Sicherung der Küsten und territorialen Gewässer unbedingt nötige Maß zu beschränken sind, sowie die Forderung der Freiheit der Meere und die Internationalisierung der meerverbindenden Kanäle und Meerengen.

Eine längere Diskussion entspann sich so dann über die Forderung der Resolution, wonach in einem Völkerbund, der alle Länder umfaßt und jede Kriegsfähigkeit ausschließt eine dauernde Neutralität nicht mehr berechtigt ist, wobei allerdings, solange der Völkerbund diesen Voraussetzungen nicht entspricht, es als wünschenswert bezeichnet wird, daß das für kriegerische Operationen benötigte Gebiet durch dauernde neutrale oder neutralisierte Länder eingeschränkt wird.

Passagierflugwesen in der Schweiz.
Begünstigt durch das helle Frühlingswetter hat bereits ein reger Passagierflugbetrieb eingesetzt, nachdem die Generalstabsektion das Reglement über das Passagierflugwesen genehmigt hatte. Die Flüge werden von Dübendorf aus ausgeführt. Die Grundtaxe beträgt 50 Fr. pro Viertelstunde oder deren Bruchteil. Ein Flug Dübendorf-Luzern und zurück kostet 300 Fr., von Thun über die Jungfrau 300 Fr. Auf Wunsch werden auch Flüge von andern Orten aus ausgeführt. Diese Passagierflüge dienen dazu, das Flugwesen in der Schweiz zu popularisieren.

Die gegenwärtige Woche ist für das Flugwesen noch in anderer Beziehung von Bedeutung. Dieser Tage begibt sich eine Delegation der Oberpostdirektion nach Zürich, um mit der Amtsleitung in Zürich nähere Besprechungen über die Flugpost zu halten. Am Donnerstag erscheint die nationalrätliche und

ständige Kommission in Dübendorf, um sich über die Organisation des Zugwegens zu orientieren. Ferner tagt am Samstag erstmals in Bern die Kommission, welche die Grundlagen für das schweizerische Luftfahrtrecht ausarbeiten soll.

Landesstreitkoprozeß.

Bern, 12. März, ag. Vor Divisionsgericht 3 begannen heute unter dem Vorsitz von Oberstleutnant Thürler die Verhandlungen im Generalstreitkoprozeß. Der Gerichtshof setzt sich zusammen wie das erste Mal; als Auditor (Ankläger) amtiert wieder Major Dr. Meyer, Bern. Angeklagt sind: Altgöwer, Kartellpräsident des Eisenbahnerverbandes, die Nationalräte Duby, Grimm, Groppiere, Hugger, Igl, Platten, Rütt, Schmid, Schneider, sowie Dürr, Eng, Schwend, Kaufmann, Lang, Nobs, Perrin, Reithaar, Schneider, Schürch und Dr. Weller.

Auf den 21. Anklagtag sind alle erschienen mit Ausnahme von Nationalrat Platten, der ins Ausland verreist und noch nicht zurückgekehrt ist. Der Vorsitzende teilt mir, daß das politische Departement sich durch die schweizerische Gesandtschaft an das Berliner auswärtige Amt wandle zur Ermittlung des Aufenthalts Plattems, damit ihm die Ladung für die Gerichtsverhandlung zugestellt werden könnte. Das auswärtige Amt erklärte den Aufenthalt Plattems nicht ermittelbar zu können, doch halte er sich möglicherweise in Berlin auf, um Radet zu ersuchen. Erkundigungen in Zürich ergaben, daß Platten Anfang März Berlin verlassen und nach Russland verreist sei. Platten hat sich vor seiner Abreise an den nicht zuständigen Untersuchungsrichter Dr. Bickel gewandt, statt sich an den Vorsitzenden des Divisionsgerichts 3 zu wenden, er hat bloß in einem Brief an den Großrichter des Divisionsgerichts 3 mitgeteilt, daß er bereits für 2 bis 3 Monate ins Ausland gereist sei. Angesichts dieser Tatsache und mit Rücksicht darauf, daß Platten sich selbst in die Unmöglichkeit versetzt hat, rechtzeitig vor Gericht zu erscheinen, wird gegen ihn das Contumacialsverfahren eröffnet.

Die Anklagtagen werden verteidigt: Igl, Grimm und Nobs durch Dr. Barthstein, Kaufmann, Schwend, Reithaar, Schneberger und Dürr durch Dr. Huber, Norschach, Schürch, Rütt, Perrin und Groppiere durch Nationalrat Raine; Lang, Schmid und Altgöwer durch Fürsprecher Steiner; endlich Eng, Duby, Dr. Weller und Schneider durch Dr. Wettl, Basel. Entgegen einem Antrag des Auditors wird auf Verlangen der Verteidigung die bekannte Anklageschrift neuverlesen. Außerdem wird vom Auditor des Divisionsgerichts 3 eine neue Anklage erhoben gegen Redakteur Nobs, wegen 2 im „Vollbrecht“ veröffentlichten Artikeln, in denen das Eisenbahnerpartei zur Verweigerung des Mobilisationsdienstes aufgefordert wurde. Diese Anklage ist überwiesen an das Divisionsgericht 3, sie verlangt Verurteilung von Nobs wegen Widerhandlung gegen Artikel 3 der Militärgerichtsverordnung.

Die Verteidiger bestreiten die Zuständigkeit des Gerichtes.

Der Verteidiger Dr. Huber konstatiert, daß in der Anklageschrift immer noch die wichtige Behauptung enthalten ist, der „Aufruf an das arbeitende Volk“ sei in Zürich an aktive Truppen gerichtet worden, obwohl Nachforschungen des Großrichters ein negatives Resultat ergeben haben.

Auditor Meyer lehnt es ab, vor der Durchführung des Beweisverfahrens über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit den Antrag zu streiten.

Dr. Barthstein erhebt als Verteidiger von Grimm, Igl, Nobs und Hugger die Einsprache gegen die sachliche Zuständigkeit des Gerichtes und beantragt, daß Gericht möglicherweise in Bezug auf alle Anklagepunkte als unzuständig erklären, eventuell wenn der Gerichtshof sich kompetent erklärt, stellt Barthstein den Antrag, auf die Anklage gegen Nobs wegen der Artikel im „Vollbrecht“, sowie auf die Anklage gegen Hugger wegen des Aufstosses an die Eisenbahner nicht einzutreten. Ebensoviel kann die Anklage artifiziell erhalten bleiben, auf Grund der unzuständlichen Verordnung vom 11. November, betreffend Maßnahmen gegen die Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes, weil diese Verordnung im Zeitpunkt des Erlasses des Aufstosses noch nicht bestimmt war und damit noch nicht Gesetzeskraft hatte, welche Hoffnung das Gericht in seinem ersten Urteil selbst vertreten hat.

Für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen. Wien, 11. März, ag. (W. A. B.) Auf eine Mitteilung des Marschall Koch an die deutsche Waffenstillstandskommission, daß die schwerstraften und schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen heimgeschafft werden, beauftragte auf Ersuchen des deutsch-österreichischen Gesandten in Bern die schweizerische Bundesregierung, ihre Gesandtschaft in Paris neuerlich, bei der französischen Regierung wegen Heimschaffung der schwerstraften und schwerverwundeten Kriegsgefangenen vorstellig zu werden. Auch an die am-

zu gelten haben. Dr. Barthstein ersucht den Gerichtshof, aus all diesen Erwägungen sich als incompetent zu erklären und einen politischen Prozeß zu verneinen, der der ältesten Demokratie der Welt schlecht anstehen würde.

Verteidiger Dr. Wettl, Basel, schließt sich in längeren Ausführungen der Kompetenzrede an; indem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß das Gericht trotz des Entscheides des Kassationsgerichtes an seinem ersten Beschuß festhalten und sich als nicht zuständig erklären wird.

Verteidiger Dr. Huber bestreitet ebenfalls die Zuständigkeit des Gerichts, wobei er betont, daß das Kassationsgericht den Entscheid des Divisionsgerichts nur aus formalen Gründen kassierte, ohne damit irgendwie die sachliche Zuständigkeit des Divisionsgerichts bejaht zu wollen. Bezuglich der Anwendung der Verordnung des Bundesrates vom 11. November hat der Oberauditor die Weisung an die Auditoren erteilt, bei ihren Anklagen von der Vorwürfung auszugehen, daß die Verordnung vom Tage ihres Erlasses weg gültig gewesen ist, woraus hervorgeht, daß die Auditoren nicht nach eigenem Ermessen, sondern auf Befehl handeln müssen. Der Bundesrat selbst hat dadurch, daß er in seinem Aufruf vom 11. November dem Personal 24 Stunden Zeit gab, straflos zur Arbeit zurückzukehren, befunden, daß die Verordnung an diesem Tage noch nicht in Kraft war. Rückwirkende Kraft kann der Verordnung nicht zuerkannt werden, weil grundsätzlich kein Strafgebot rückwirkende Kraft hat.

Bern, 12. März, ag. Die Verhandlungen wurden nachmittags 2 Uhr fortgesetzt. Verteidiger Fürsprecher Steiner schließt sich der Kompetenzrede der übrigen Verteidiger an, wobei er insbesondere darauf hinweist, daß in der Zeitung des von ihm verteidigten Nationalrat Schmid in Osten der eingestellte Ruf zu einem Zeitpunkt erschien, da die Verordnung des Bundesrates noch gar nicht erlassen war. Da rechtlicher Hinsicht ist die Anklage auch darin ungültig, daß sie es untersieht, die Strafanfälle und Strafparagrafen ausdrücklich zu nennen, auf Grund deren die Verurteilung erfolgen soll. Die Weisung des Oberauditors an die übrigen Auditoren betreffend die rechtliche Geltung der Verordnung des Bundesrates bedeutet den Versuch einer Kabinettsgesetz, die sich mit den modernen Rechtsanforderungen nicht verträgt. Am Strafrecht gilt der Satz „in dubio pro reo“, da anerkannter Maßen Zweifel herrschen über die Zuständigkeit des Gerichtes, muß es sich schon aus diesem Grunde unzuständig erklären. Auch politische Erwägungen sollten davon zurückhalten, daß ein politischer Prozeß vor dem Militärgericht erledigt und damit eine gewaltsame Erringung in der Arbeiterschaft erzeugt wird. Verteidiger Nationalrat Raine endlich untersieht den Antrag, der Gerichtshof möge sich als unzuständig erklären; insbesondere ist die Anklage gegen Perrin, des Adjunkten von Generalsekretär Duby absolut unbegründet, da dieser mit den Aufrufen überhaupt nichts zu tun hatte. Die Verordnung des Bundesrates war ein Produkt der außerordentlichen Vollmachten, entstand also außerhalb der ordentlichen Legislative; umso weniger darf ihr Rückwirkende Kraft beigesetzt werden, wozu mit einem allgemein anerkannten Grundsatz des Strafrechtes auf den Kopf gestellt und eine der Grundlagen der staatlich organisierten Gesellschaft verletzt würde.

Ausland

Vom Spartakistenkrieg in Berlin melden die Blätter: Eine grobe Spartakistenfeuer, in welchem die Angehörigen des aufgelösten Volksbundes, sowie Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr zusammenkamen, wurde in Lichtenberg von den Regierungstruppen ausgenommen. Man fand riesige Lager von Feuerwerkskörpern, Handgranaten, Maschinengewehren, sowie Mengen von Dummkopfschüssen. Während sich die überwiegende Mehrzahl der in Haft Genommenen in das unvermeidliche Schicksal ergab, versuchten 24 mit Revolvern Bewaffnete, die Regierungstruppen niederzuschießen und sich mit der Waffe in der Hand zu retten. Diese Matrosen wurden später standrechtlich erschossen. 200 Angehörige der Volksmarine wurden unter starker Bedrohung in Transportwagen nach dem Zellengefängnis im Moabit gebracht, wo das außerordentliche Kriegsgericht über sie als Meuterer das Urteil selbst verlesen hat.

Für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen. Paris, 11. März, ag. (W. A. B.) Auf eine Mitteilung des Marschall Koch an die deutsche Waffenstillstandskommission, daß die schwerstraften und schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen heimgeschafft werden, beauftragte auf Ersuchen des deutsch-österreichischen Gesandten in Bern die schweizerische Bundesregierung, ihre Gesandtschaft in Paris neuerlich, bei der französischen Regierung wegen Heimschaffung der schwerstraften und schwerverwundeten Kriegsgefangenen vorstellig zu werden. Auch an die am-

iranische Gesandtschaft trat der deutsch-österreichische Gesandten mit der gleichen Bitte heran.

Ist die Blockade aufgehoben? Wie, 11. d. ag. (Frl. Blg.) Es besteht noch keine Absicht über die Aufhebung der Blockade und die Wiederherstellung von Lebensmittel durch die Einheiten, an Deutschösterreich. An maßgebender Stelle weiß man nur von 30.000 Tonnen argentinischem Getreide, die wahrscheinlich auf 5 Monate verteilt werden sollen und eine Besserung der bisherigen Ernährung bedeuten würden. Über die Bezahlung verlautet, daß Deutschösterreich 60 Millionen Kronen dafür bezahlen muss und zwar 20 Millionen in bar, 20 Millionen in Salinensteinen, und 20 Millionen in Holz.

Zu der italienischen Arbeiterschaft rumortisch bedeckt. In Neapel erschien die Arbeiter nicht in den Fabrikräumen, jedoch ohne zu arbeiten. Die Fabrikbesitzer proklamieren die Aussperrung von ca. 15.000 Arbeitern. Eine Vermittlung konnte den Streit schlichten.

In Italien demonstrierte eine große Menge Deimobilisierter für: Arbeit oder Unterstützung. In der Gegend von Novara haben die Landarbeiter den Generalstreik ausgerufen.

Repressalien der Bolschewiki. Die russischen Bolschewiki in Wilna geben in ihrem amtlichen Organ der litauischen Regierung in Kowno bekannt, daß für jeden verhafteten Bolschewist mehrere litauische Bürger gesangen genommen und daß für jeden gefallenen (getöteten) Bolschewist einige blutigerliche Geiseln erschossen werden.

In Litauen, besonders in den von den russischen Bolschewiki besetzten Gebieten steht eine Hungersperiode bevor.

Der Stadtrat von Kowno hat beschlossen, durch die Vermittlung der litauischen Regierung in Amerika 180.000蒲nd Getreide einzukaufen.

Schweiz

Die Affäre Schöller, ag. Wie die „Solothurner Zeitung“ aus Bern vernimmt, wurde am Montag in einer Konferenz im Bundeshaus, der Bundespräsident Ador und Bundesrat Schultheiss beteiligt und die von der solothurnischen Regierung und der Stadtbehörde von Schaffhausen beschieden war, in Sachen der Angelegenheit Schöller eine grundsätzliche Einigung im Sinne der Pariser Vorschläge erzielt, wonach die Familie Schöller auf ihren Gütern in Kanton Aargau verbleiben und die von der Kammgarnspinnerei Schaffhausen und Dierendingen verzichtet. Es sieht zu erwarten, daß die Güter nun mehr die Blockade gegenüber diesen Etablissements aufhebt und der normale Betrieb wieder eingesetzt kann.

Der Güterverkehr durch den Simplon nimmt zu. Der größte Teil der Transporte, hauptsächlich Wein, geht nach Frankreich.

Die Versuche der elektrischen Traktion auf der Linie Biel-Brig, die mit elektrischen Maschinen der Simplonbahn unternommen wurden, ergaben sehr befriedigende Ergebnisse. Die Versuche werden fortgesetzt.

Die Generalversammlung der Walliser Hoteliergesellschaft, die 118 Mitglieder (mit 11.000 Betten) zählt, beschloß in den schweizerischen Hotelverbänden einzutreten und für das Wallis 3 Sektionen zu schaffen (Oberwallis, Mittelwallis und Unterwallis).

Der „patriotische“ Elter der Genfer, ag. Am Samstag findet in Genf zu Ehren der schweizerischen Fremdenlegionäre ein Gründungsbankett statt. Eine Delegation der Legionäre in Uniform wird daran teilnehmen.

Totentafel.

+ Nationalrat Dominik Fellmann. Im See am Dienstag Nationalrat Dominik Fellmann, Vertreter des 15. Eidgen. Wahlkreises. Der Verstorbene, ein hervorragender Führer der konserватiven Partei Luzern, gehörte seit 1894 dem Nationalrat an und seit 1883 dem Grossen Rat, den er mehrere Male präsidierte. Viele Jahre war er Amtsinhaber in Zürich. Er war auch Präsident des Verwaltungsrates der Säntisbahn. Der Verstorbene stand im 60. Alterjahre.

Verschiedene Meldungen.

Paris, 11. März, ag. (Gavas.) „Petit Journal“ meldet, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Trotzki sich so verschärft haben, daß ein unmittelbarer Bruch bevorsteht.

Berlin, 12. März, ag. (Wolff). Gestern starb auf dem Flugplatz Dönhoff bei Weimar ein Flugzeug ab. Die beiden Insassen waren sofort tot.

Königsberg, 11. März, ag. (W. A. B.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es hier zu Unruhen und Plünderungen von Geschäften. Die Bevölkerung, die sich auf dem Hauptplatz angestellt hatte, verlangte fürwirth nach Juden, welchen Verlangen nicht entsprochen werden konnte, da nicht genügend Mengen vorhanden waren.

Urgern, 12. März, ag. In Gscholzmaut braute das neuverbaute Wirtshaus zum Röhl ab.

Kanton

Verhandlungen

Sitzung v.

Hr. Dr. med. Paul Mariens ernannt.

Es werden beförde

burg in Freiburg

Landwehr; Oberst

zum Haupt, im Lan

Glasson, Adj. U. O.

Schneider, Adj. U. O.

Basquier, Wachtme

Wachtmeister in M

des Landsturms, Hr.

r. in Remund, 31

Landsturms mit Leut

Der Staatsrat erm

von Corminbois un

lauf einer Wasserqua

eines Kontinenta

Staatsrat Dechenau,

Staatsrat des



Neue Steuergesetz. ag. Der Große Rat von Schaffhausen beobachtet in seiner vierstündigen Sitzung die erste Beratung des Steuergesetzes. Die Personallsteuer wurde trotz der Opposition von sozialdemokratischer Seite auf Fr. 6 angelebt. Den Bestimmungen über scharfe Besteuerung der Aktiengesellschaften wurde zugestimmt. Die Strafgrenze für Steuerhinterzug wurde auf Fr. 20,000 erhöht und 2 Jahre Gefängnis festgesetzt. Beim Abschluß Gemeindesteuer wurde im wesentlichen die Bestimmung aufrechterhalten, daß hier die Grundsätze über die Staatssteuer entsprechende Anwendung finden. Erhöhungsmimum und Progression dürfen jedoch nur die Hälfte des Staatssteueraufbaus betragen.

Nostandsarbeiten. ag. Mit Rücksicht auf die ausgedehnte Arbeitslosigkeit hat der Regierungsrat von St. Gallen weitere Nostandsarbeitsprojekte im Gesamtkostenvoranschlag von Fr. 476,000 als Nostandsarbeiten genehmigt, und einen Staatsbeitrag von Fr. 120,000 zugesichert. Die beteiligten Gemeinden dürfen zur Leistung von Subventionen von 10 bis 15 % verpflichtet werden.

Der Stadtrat von St. Gallen beantragt dem Gemeinderat die Genehmigung eines Planes über die Ausführung von Planungsarbeiten als Nostandsarbeiten im Betrage von Fr. 170,000.

Für die notheidenden Schweizer in den kriegsführenden Staaten sind beim Freiburger Komitee folgende Gaben eingegangen:

Peter, Gailler, Kohler, chocolats suisses, Fr. 10,000; Freiburger Staatsbank Fr. 250; Société générale des Condensateurs, Freiburg, Fr. 100; Hypothekarlasso des St. Freiburg, Fr. 30; Magazin Chêvre von Moos, Glottertal, Fr. 20; Kartonmäge - Fabrik Freiburg, Fr. 20; Dousse, Kärtner im Eigerjoch, Fr. 5. Total Fr. 10,425.

Bolsesuppen. 8. Gabeuliste.

Witwe Philipp Clément, Fr. 5; Herr und Frau de Montenay, Fr. 30; Frau Weber, Fr. 10; Anonym, Fr. 2; Frau J. Phil. Neuvier, Fr. 5; P. A. 10; Frau Jean de Schaller, Fr. 5; Frau Charles Geijmann, Fr. 30; Anonym, Fr. 50; Anonym, Röschel, Fr. 50; Herr Morard, Professor am Kollegium, Fr. 5; Herr Schwob, in Natura; Herr B. Nouveau, Gemeinderat, Fr. 10; Fräulein B. Röschel, Bäckerei, Fr. 10; Herr Leo Brohy, Stadt-Bauamt, Fr. 20; "La Cécilia", Gem. Chor von St. Johann, Fr. 10.42; Comp. Singer, Fr. 10; Herr Ch. Schmid, Director, Fr. 25; Frau Leo Buelin, Fr. 5; Kloster der Visitatian, Fr. 5; Herr Georg Clément, in Natura; Modern Schuh-Cie. A.-G., Marth, Geschäftsführer, Fr. 20; P. de J. Gambach, Fr. 100; Henri Carrard, Fr. 10; Konvikt Albertinum, Fr. 5; Anonym, Fr. 50; Witwe G., Fr. 5; Chorherr Bäber, Fr. 10; Anonym, Fr. 2; Magde Techermann, Fr. 7; Anonym, Fr. 2; Grausaz, Professor, Fr. 5; P. A., Fr. 5; H. Hog-Mons, Fr. 5.

Total Fr. 473.92. — Frühere Listen, Fr. 663.75. — Total bis heute Fr. 5,137.67.

Civilstandesnachrichten der Stadt Freiburg vom Monat Februar.

Geburten.

18. Grattinger Heinrich, Sohn des Joseph, Angestellter der S. B. B., von Dübigen, und der Eugenia geb. Clément, Alpenstrasse 56, gäste 56.

Andreas Johann, Sohn des Johann, Mietz, von Bäffel, und der Maria geb. Schäfer, obere Matte 28.

20. Räuber Anton, Sohn des Felix, Postillion von Bözingen, und der Maria geb. Klaus, Schmidgasse 181.

22. Bossh Yonne, Tochter des Peter, von Koch ob Matzen, Landwirt in Rechthalen, und der Terasina geb. Klaus.

Hämmerli Christian, Sohn des Alfred, Landwirt, von Winch (Bern), und der Rosina geb. Hostettler, Goldgasse 90.

26. Brach Rosa, Tochter des Christian, Elektriker, von Zell (Luzern) und der Charlotte geb. Müller, Hängeschlafgasse 91.

Brühlhart Georg, Sohn des Amede, Karrer, von Ueberstorf und der Fanny geb. Lampert, Goldgasse 83.

28. Meyères Gertrud, Sohn des Pio, Arzt, von Delémont (Margau), und der Maria geb. Blondel, Fonsigny 9.

Godesfälle.

16. Föhr Ludwig, Sohn des Alfred, von Innereitmoos (Bern), 2 Monate, Bigholzstrasse 20.

22. Frey Gottfried, Ehemann der Maria, geb. Spicker, von Klingnau (Margau), Ingenieur in Broc, 50 Jahre.

Januar	1919	1918	Gedurft	Tobelsäge	Trommeln
	82	29	33	26	7

Adressänderungen!

Bei Mitteilungen über Adressänderungen soll immer auch die bisherige Adresse angegeben werden.

Kantonales Versorgungsamt

Bekanntmachung an die Gemeinden
Gefügt auf den Artikel 16 der Verordnung des schweizerischen Bundesrates vom 16. August 1918, betreffs Landesversorgung an Fuhrwerke ist es verboten weiter Ausfuhrverbote oder Handelsbeschränkungen für Heu, Emb, Stroh und Säffl zu erlassen, nachdem die Quantitäten für die Armee und der Kantonbedarf gedeckt sind. 632

Die Kantonsarchive sind geöffnet

5 Tage von 9—12 und 2—5 Uhr

An alle Pferdezüchter!

Die Pferdezüchtergenossenschaft des Sensebezirks hält am Montag, den 17. März 1919, in Schmitten eine

Grosse Versammlung

1 Uhr: Vorführen der 4 Genossenschaftsbüste.
2 Uhr: Versammlung mit Vortrag von Herrn Dr. Gisler, Direktor in Avenches, über:

Unsere Pferdezucht, mit Aufzucht.
Nicht nur die Mitglieder, sondern jedermann ist zum Besuch eingeladen. 629

Der Vorstand.

Gemeinde Wünnewil

Gemeindeversammlung in Wünnewil, Sonntag, den 16. März 1919, nachmittags um halb 3 Uhr, im gewöhnlichen Saal.

1. Protokoll; 2. Rechnungsbilanz pro 1918; 3. Budget pro 1919; 4. Alttätigliches. 636
Slezu läbet ein. Der Gemeinderat.

Saaterbsen

"Vittoria", Handerlesen

Stacheldraht

offerten zu billigen Preisen

Oekonomisch-gemeinnütziger Verein des Sensebezirkes.

Ernst Michel

FREIBURG Baumaterialien FREIBURG

hat seine Magazine und Bureaux an die

Avenue de Tivoli

vor der Milchzentrale,
(ehemaliger Werkplatz Winkler) verlegt

Bevor Sie Ihre
Bestellung machen,
verfahren Sie nicht
unsern

Katalog
zu verlangen.

Bei gleicher Qualität immer billiger im Preis

Modern Schuh-Co. AG

J. Marty, Geschäftsführer

FREIBURG

Rohlenpreise

Bekanntmachung der kantonalen Kohlenzentrale

Die jetzigen Maximalpreise für Cots und Briquettes sind ab 10. März nicht mehr gültig. Alle Verläufe müssen ab heute zu neuen Preisen gemacht werden, die in kurzer Zeit Ihnen bekannt gegeben werden. Diese Preiserhöhung ist auch für die Kohlen, die sie noch auf Lager haben, gültig.

Für die Kohlenlieferungen, die während der Zeit gemacht werden, in der die Maximalpreise noch nicht fixiert sind, so sind die Händler ermächtigt, eine Anzahlung von 80 % der früheren Preise zu verlangen. Sobald die neuen Preise bestimmt sind, so können die Konsumenten eine definitive Rechnung erhalten.

Nächstens

CHRISTUS

Holzsteigerung

Steigerung Montag, den 17. März, von 1 Uhr an, über gute 10 Pfaster Sammelholz und 30 Zill- und Holzhausen. 619

Das Spital von Freiburg wird

Donnerstag, den 20. März,

35 Haferfert

schöne Stangen

im Wald von Clemm an eine öffentliche Steigerung bringen.

Zusammenfassung: 2 Uhr,

beim Eingang des Waldes

gegen die Ballegg. 626

P. Gendre, 604

Rohrholz

Steigerung Montag, den

17. März, von 1 Uhr an,

über gute 10 Pfaster Sammelholz und 30 Zill- und

Holzhausen. 619

Die Expertenkommis-

sionen der Kantone Schaffhausen und

Appenzell Innerrhoden haben

die Steuerabnahmen für

den Jahr 1919 festgestellt.

Die Steuerabnahmen für

den Jahr 1919 sind

festgestellt.